

City of London Corporation: Die älteste Gang der Welt



Autor [Paul Knaggs](#) 19. Mai 2026. Lesezeit: 33 Minuten.

Der älteste Betrug der Welt

Wie die City of London Corporation ganz offen agiert, unsere Demokratie untergräbt und nur sich selbst Rechenschaft schuldig ist

Jeden November fährt der Lord Mayor der City of London in einer vergoldeten Kutsche durch die Straßen, umgeben von einem Festzug aus Pikenieren, Soldaten, Musikern und jener Art von aufwendigem Prunk, die das britische Establishment immer dann einsetzt, wenn es seine Macht hinter einem Spektakel verbergen will. Touristen fotografieren das Spektakel. Zeitungen berichten darüber. Politiker nehmen teil. Und fast niemand stellt die Frage, die eigentlich in jeder Leitartikelspalte des Landes laut werden müsste: Was genau ist diese Institution, wer hat ihr die Autorität verliehen, und in wessen Namen übt sie diese Autorität über das schlagende finanzielle Herzstück einer der größten Demokratien der Welt aus?

Die Antwort ist zugleich uralte und dringlich aktuell. Die City of London Corporation ist keine moderne Kommunalbehörde. Sie ist keine halbstaatliche Organisation, keine Regulierungsbehörde und kein Ministerium. Sie ist etwas weitaus Älteres, weitaus Fremdartigeres und, genau in dem Sinne, wie Tony Benn es mit seinen fünf zentralen Machtfragen meinte, weitaus gefährlicher für die demokratische Selbstverwaltung als fast jede Institution, die diesen Namen trägt.



Die Oberbürgermeisterin von London, Dame Susan Langley, mit König Charles

Sie agiert ganz offen. Ihr Oberbürgermeister lässt sich beim Händeschütteln mit Premierministern fotografieren. Ihr Remembrancer sitzt auf einer Besuchertribüne des Unterhauses, die allen anderen Lobbyisten in Großbritannien verwehrt bleibt. Ihre Aldermen sitzen in den Leitungsgremien internationaler Banken und transnationaler politischer Netzwerke. Und doch, trotz ihres mittelalterlichen Gewandes und ihres zeremoniellen Auftretens, verkörpert die Corporation in Wahrheit etwas zutiefst Modernes: die institutionelle Architektur einer Finanzelite, die die Kunst perfektioniert hat, Macht auszuüben, ohne sich der demokratischen Rechenschaftspflicht unterziehen zu müssen.

„Immer wieder haben wir gesehen, dass es in diesem Land eine andere Macht gibt als die, die ihren Sitz in Westminster hat. Die City of London, ein praktischer Begriff für eine Ansammlung von Finanzinteressen, ist in der Lage, sich gegenüber der Regierung des Landes durchzusetzen. Wer das Geld kontrolliert, kann im In- und Ausland eine Politik verfolgen, die dem Willen des Volkes widerspricht.“ – Clement Attlee, Premierminister, 1945–1951

Das sagte Clement Attlee. Kein Flugblattschreiber, kein Straßenagitator, kein Verschwörungstheoretiker mit einem Blog. Der Premierminister, der den größten Wahlsieg in der Geschichte der Labour Party im 20. Jahrhundert errang, verstand aus eigener Regierungserfahrung, dass Westminster in keinem wirklichen Sinne souverän ist, solange die

City of London unregiert, unkontrollierbar und verfassungsrechtlich jenseits demokratischer Korrekturmöglichkeiten verankert bleibt.

Um zu verstehen, wie es dazu kam, muss man sehr weit zurückgehen. Doch zunächst eine Klarstellung, die den Kern dessen trifft, warum diese Institution so lange so unbekannt geblieben ist: die Frage ihres Namens, ihres Titels und der bewusst herbeigeführten Verwirrung in der Öffentlichkeit.

PROLOG: ZWEI BÜRGERMEISTER, ZWEI WELTEN



Zwei Bürgermeister von London: Sir Sadiq Khan und Dame Susan Carol Langley

Wenn die meisten Briten den Namen „Bürgermeister von London“ hören, denken sie an Sadiq Khan. Und das zu Recht. Sadiq Khan ist der Bürgermeister von London, direkt von den Londonern in einer Volkswahl gewählt. Er ist verantwortlich für die Greater London Authority (GLA), Transport for London (TfL), den Haushalt der Metropolitan Police sowie die strategische Planung und Wohnungspolitik einer Stadt mit neun Millionen Einwohnern. Er ist ein Produkt demokratischer Wahlen, dem Wähler gegenüber rechenschaftspflichtig, und seine Autorität leitet sich von den Menschen ab, die ihn gewählt haben. Sein Amt wurde 1999 mit dem Greater London Authority Act geschaffen und besteht seit 26 Jahren.

Der Lord Mayor der City of London ist etwas völlig anderes. Nicht Sadiq Khan. Nicht von den Londonern gewählt. Nicht zuständig für Verkehr, Wohnungsbau oder andere übliche Aufgaben der Stadtverwaltung. Der Lord Mayor der City of London ist das zeremonielle und politische Oberhaupt der City of London Corporation und regiert allein die Square Mile. Er wird jährlich nicht durch eine Volkswahl, sondern von den Mitgliedern der mittelalterlichen Zünfte gewählt. Seine Autorität leitet sich nicht vom Londoner Volk ab, sondern von der alten Kaufmannsklasse, die die Square Mile schon vor der Gründung des Parlaments dominierte.

Diese Unterscheidung ist von enormer Bedeutung, und die Verwechslung der beiden Ämter ist kein Zufall. Jede größere Stadt in England und Wales hat einen Lord Mayor oder Mayor: ein von den anderen Mitgliedern der lokalen Verwaltung gewähltes Mitglied, das bei

öffentlichen Anlässen die Amtskette trägt, Feste eröffnet und an Gedenkfeiern teilnimmt. In der Regel ein anständiger Mensch, der sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagiert. Wenn die meisten Briten an einen Lord Mayor denken, stellen sie sich genau das vor: einen lokalen Vertreter, der sich für die Gemeinschaft einsetzt. Der Titel ist so weit verbreitet, so vertraut, so beruhigend gewöhnlich, dass er der City of London Corporation eine automatische demokratische Tarnung verleiht, die sie sich nicht verdient hat und die sie unbedingt bewahren sollte.

Der Lord Mayor der City of London ist etwas anderes. Der Amtsinhaber repräsentiert keine Bürgergemeinschaft im demokratischen Sinne. Er führt im Auftrag der globalen Finanzindustrie Handelsdelegationen nach Peking, Washington und Riad durch. Er hält die Rede beim Mansion House Dinner, bei dem der Schatzkanzler und der Gouverneur der Bank von England jährlich vor Bankern sprechen – stets mit dem Ziel, ihr gemeinsames Verständnis der Marktanforderungen zu betonen. Der Lord Mayor führt den Vorsitz im Court of Aldermen, dem Oberhaus einer Stadtversammlung, in die kein gewöhnlicher Bürger gewählt wurde und aus der kein gewöhnlicher Bürger ihn abberufen kann. Dieses Amt bekleidet der Lord Mayor seit 1189, als der erste Lord Mayor, [Henry Fitz Eylwin](#), per königlicher Urkunde auf Lebenszeit ernannt wurde. Acht Jahrhunderte ununterbrochene Kontinuität. Keine einzige Volkswahl im demokratischen Sinne.



Statue von Henry FitzEylwin, Holborn-Viadukt

Das Amt des Londoner Bürgermeisters ist eine 26 Jahre alte, per Gesetz geschaffene Institution, die vom Parlament überarbeitet werden kann. Der Lord Mayor der City of London hingegen ist eine 900 Jahre alte, verfassungsrechtlich verankerte Institution, die gemäß einem Parlamentsgesetz, das vor der Einführung der Volksdemokratie in Großbritannien erlassen wurde, vor Auflösung geschützt ist. Sie tragen denselben Titel, ähnlich wie ein Gemeinderatsmitglied und ein Richter am Obersten Gerichtshof die Bezeichnung

„Amtsträger“ teilen: formal korrekt, aber als Gleichwertigkeitsbehauptung praktisch bedeutungslos.

Die Verwirrung ist nützlich. Eine Finanzelite, die seit neun Jahrhunderten ohne demokratisches Mandat an der Macht ist, braucht die Öffentlichkeit, die ihre prunkvollen Prozessionen betrachtet und denkt: Das ist unser Bürgermeister. Das ist er nicht. Das war nie beabsichtigt.

Beachten Sie diesen Unterschied unbedingt im Folgenden. Wenn in diesem Artikel vom Lord Mayor die Rede ist, ist damit der Vorsitzende der City of London Corporation gemeint, der von mittelalterlichen Zünften gewählt wurde und die Interessen globaler Banken vertritt. Wenn hingegen vom Mayor of London die Rede ist, ist damit der gewählte Vertreter von neun Millionen Menschen gemeint. Sie leben in unterschiedlichen Verfassungswelten, und die Tatsache, dass sie denselben Titel tragen, ist einer der aufschlussreichsten Tricks im britischen öffentlichen Leben.

I. DAS ERBE, FÜR DAS NIEMAND GEWÄHLT HAT.



Wilhelm der Eroberer

Im Winter 1066 stand Wilhelm der Eroberer vor den Toren Londons und traf eine Entscheidung, die das britische politische Leben für die nächsten tausend Jahre prägen sollte. Er hatte England gerade erst bei Hastings erobert. Er besaß die militärische Macht, die Stadt ohne Weiteres einzunehmen. Doch London war reich, sein Kaufmannsstand fest etabliert, seine Handelsnetze reichten bereits über die gesamte bekannte Welt. Statt also zu erobern,

verhandelte Wilhelm. 1067 erließ er eine Urkunde, kurz und bündig wie ein Dolch, die den Londoner Bürgern alle Gesetze und Gebräuche bestätigte, die sie unter Eduard dem Bekenner genossen hatten. Er verlangte lediglich ihre Treue und ihre Steuern. Sie gaben ihm beides und behielten alles andere.

Diese Charta schuf die City of London Corporation nicht, sondern bestätigte sie. Juristen bezeichnen dies als Ersitzung. Die Gerichte gehen davon aus, dass die Autorität der Corporation seit jeher besteht, unabhängig von Gründungsdokumenten und der Möglichkeit für Monarchen und Parlamente, ihren genauen Ursprung zu ermitteln. Sie war einfach da, und deshalb ist sie es. Noch bevor Wilhelms Tinte trocken war, besiegelte Kapitel 9 der Magna Carta von 1215 diese Regelung in Verfassungsstein: Die City of London behält alle ihre alten Freiheiten und freien Gebräuche.



Dies ist nicht bloß historische Kuriosität. Es ist die Grundlage einer Behauptung, die keine andere Institution in Großbritannien – weder die Monarchie, noch die Staatskirche, noch die Gerichte – präzise untermauern kann: die Behauptung, dass ihre Autorität dem demokratischen Staat vorausging und daher unabhängig von ihm existiert. Das Parlament hat sie nicht geschaffen. Das Parlament kann sie nicht so einfach abschaffen. Und als ein Stuart-König einmal versuchte, sie zu brechen, endete dieser Versuch in einer verfassungsrechtlichen Katastrophe für die Krone.

1682 ging Karl II. mit einem Quo-Warranto-Verfahren gegen die City of London vor und forderte von der Corporation den Beweis ihres Rechts auf die Ausübung ihrer alten Freiheiten. Die Gerichte, die sich wie immer dem königlichen Druck beugten, entschieden gegen die City. Ihre Charta wurde aberkannt. Die Corporation wurde aufgelöst. London wurde formell zu einem unbedeutenden Dorf degradiert, das von einer königlichen Kommission verwaltet wurde. Der König ernannte den Lord Mayor, die Sheriffs und den Recorder. Die Kaufmannschaft sah sich zum ersten Mal seit Jahrhunderten tatsächlich regiert und nicht nur besteuert.



Es währte nicht lange. 1688, als die Invasionsflotte Wilhelms von Oranien am Horizont stand, stellte Jakob II. in einem letzten verzweifelten Versuch, die Loyalität der Stadt zu sichern, deren Freiheiten wieder her. Zwei Jahre später ging das Parlament von 1690 noch einen Schritt weiter und verabschiedete ein Gesetz, das das Urteil des King's Bench aufhob und erklärte, dass die Charta der City of London nie wieder, aus welchem Grund auch immer oder wegen welchen Vergehens auch immer, aberkannt werden könne. Nicht wegen Betrugs. Nicht wegen kriminellen Verhaltens. Nicht wegen jeglichen denkbaren Missbrauchs ihrer angehäuften Macht. Das Gesetz von 1690 machte die City of London Corporation nach englischem Recht faktisch unsterblich.

Die Arbeiterklasse Englands genoss im Jahr 1690 natürlich keinen solchen verfassungsrechtlichen Schutz. Die Kaufleute der City of London hingegen schon.

II. DIE ARCHITEKTUR UNVERANTWORTLICHER MACHT



Im Sitzungssaal des Rathauses (Guildhall) fand eine Zeremonie statt, bei der 21 neue Mitglieder in die Worshipful Company of International Bankers aufgenommen und Martin Allison sowie Stacey Parsons als neue Mitglieder der Zünfte geehrt wurden. Herzlich willkommen und herzlichen Glückwunsch! (Bildbeitrag auf LinkedIn)

Die Regierungsstruktur der Corporation ist aus heutiger Sicht wahrlich außergewöhnlich. Sie wird nicht von einem einzigen gewählten Gremium geleitet, das der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Vielmehr wird sie von zwei miteinander verbundenen Gremien geführt: dem Court of Common Council, bestehend aus 100 nach Wahlbezirken gewählten Ratsmitgliedern, und dem Court of Aldermen, bestehend aus 25 auf Lebenszeit gewählten Aldermen aus den 25 Wahlbezirken der Stadt. Der Lord Mayor wird jährlich nicht durch eine Volkswahl, sondern von den Liverymen, den erblichen Mitgliedern der mittelalterlichen Zünfte der Stadt, gewählt, von denen viele bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen.

Doch die Wählerschaft, die diese Regierung hervorbringt, ist das Bemerkenswerteste an allem. Das Wahlsystem der City ist nicht einfach nur eingeschränkt. Es ist, einzigartig im britischen Politikbetrieb, so strukturiert, dass Unternehmen stimmberechtigt sind. Firmen mit Sitz in der City of London können Unternehmenswähler proportional zu ihrer Mitarbeiterzahl benennen. Ein Unternehmen mit 50 Mitarbeitern erhält nur wenige Stimmen. Eine globale Investmentbank mit Tausenden von Mitarbeitern kann hingegen Dutzende Unternehmenswähler benennen. Das Ergebnis ist, dass die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft der City nicht aus Anwohnern, sondern aus internationalen Banken, multinationalen Konzernen und professionellen Partnerschaften besteht.

Dies ist kein Nebenaspekt des Charakters der Gesellschaft. Es ist ihr Wesen. Wie ihre internen Richtlinien bestätigen, dient die Gesellschaft den Interessen der Finanzdienstleistungsbranche. Ihre internationale Lobbyarbeit, ihre diplomatischen Kontakte und die Finanzierung von Denkfabriken und politischen Netzwerken werden allesamt aus einem privaten Fonds namens „City’s Cash“ finanziert, der über Jahrhunderte aus

Mieteinnahmen und Kapitalanlagen aufgebaut wurde und vollständig von den üblichen Prüfungsaufgaben der Kommunalverwaltung ausgenommen ist. Öffentliche Gelder werden geprüft. City's Cash nicht.

Die Amtsträger, die dieses Reich stillen Einflusses verwalten, weisen eine bemerkenswerte verfassungsrechtliche Besonderheit auf. Der Chamberlain, der Finanzvorstand und Schatzmeister der Corporation, bekleidet ein Amt, das seit 1237 ununterbrochen besteht. Einmal gewählt, kann der Chamberlain nur dann seines Amtes enthoben werden, wenn – in den Worten der Corporation – ein schwerwiegender Grund zur Beschwerde vorliegt. Die genaue Definition dieses schwerwiegenden Grundes wurde nie gerichtlich geprüft.

Die Corporation kann ihre eigene Satzung durch einen Beschluss des Common Council ändern. Keine andere Verwaltungsbehörde in Großbritannien besitzt diese Befugnis. Das Parlament kann jede lokale Behörde in England mit einem einzigen Gesetz umstrukturieren. Auch die City of London kann sich selbst umstrukturieren.

III. DER MANN AN DER BAR: DER STADTERINNER



Von allen Besonderheiten der Corporation ist keine verfassungsrechtlich so bemerkenswert wie das Amt des City Remembrancer. Das am 6. Februar 1571 eingerichtete Amt des Remembrancer ist, vereinfacht gesagt, der ständige, ansässige Lobbyist der City im Palace of Westminster. Der Amtsinhaber ist in der Regel ein Rechtsanwalt. Seine Aufgabe ist es, die gesamte öffentliche Gesetzgebung zu überwachen, Gesetzesentwürfe, die die Interessen der City berühren könnten, genau zu prüfen und formelle Stellungnahmen an parlamentarische Sonderausschüsse zu Themen von der Bankenregulierung über die Wettbewerbsfähigkeit im Handel bis hin zu grünen Finanzen abzugeben.

Der Remembrancer sitzt nicht im Plenarsaal des Unterhauses. Befürworter dieser Regelung betonen dies ausdrücklich. Er sitzt auf der Galerie, neben dem Eingang des Plenarsaals, in der Nähe des Stuhls des Serjeant at Arms. Er hat kein Stimmrecht und darf sich nicht an Debatten beteiligen. Sein Zutritt wird ihm vom Sprecher des Unterhauses gestattet. All dies wird als Beweis für den bescheidenen, administrativen Charakter des Amtes angeführt.

Doch bedenken Sie, was das konkret bedeutet. **Jede andere Lobbyorganisation in Großbritannien**, jeder Wirtschaftsverband, jede Kampagnengruppe, jedes Wirtschaftsinteresse, das Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen will, ist im wahrsten Sinne des Wortes auf die Lobby beschränkt. Sie haben keinen Zutritt zum Parlament. Sie müssen in den Gängen und VIP-Logen warten und hoffen, dass ihre Berater zehn Minuten Redezeit von einem Hinterbänkler ergattern können. Die City of London Corporation hingegen verfügt über einen ständig akkreditierten Beamten, der im Plenarsaal sitzt, jede Debatte verfolgt und der Finanzzentrale über jede Maßnahme berichtet, die ihre Klienten möglicherweise betreffen könnte.



Politiker sollten das Volk vertreten, nicht den Meistbietenden.

Dieser Beamte nimmt seit 1685 täglich an den Parlamentssitzungen teil. Er ist in den Ministerbüros präsent und überwacht die Staatssekretäre. Er hat einen Einblick in den Gesetzgebungsprozess, wie er noch nie einer Kampagne für einen höheren Mindestlohn, einer Gewerkschaft, die das Arbeitsrecht beeinflussen will, oder einer Bürgerinitiative gegen eine Baugenehmigung gewährt wurde. Das ist keine Lobbyarbeit, sondern eher eine verfassungsrechtliche Forderung: die Behauptung, dass die finanziellen Interessen der City of London von jeher ein Anrecht darauf haben, bei der Gesetzgebung präsent zu sein.

Die Verteidiger der Corporation werden zu Recht argumentieren, dass das Parlament souverän bleibt, dass der Remembrancer keine formale Befugnis hat, Gesetze zu blockieren, und dass die Beziehung eher durch Soft Power als durch ein verfassungsmäßiges Vetorecht bestimmt wird. All das trifft zu. Es ist jedoch in etwa so, als würde man behaupten, ein Mann, der wöchentlich mit den Richtern, die seinen Fall verhandeln werden, zu Abend isst, habe vor Gericht keinen formalen Vorteil.

III(B). DER GEIST IN DER MASCHINE: DER GEDÄCHTNISSE DES KÖNIGS



Der Erinnerungsschreiber des Königs

Es gibt einen zweiten Remembrancer. Fast niemand außerhalb der Justiz kennt seine Existenz, und doch vervollständigt er das Verfassungsbild mit einer Präzision, die kein Reformer je stören konnte. Der King's Remembrancer ist das älteste ununterbrochen bestehende Richteramt in England und Wales. 1154 von Heinrich II. als oberster Beamter des Exchequer Court geschaffen, bestand seine ursprüngliche Aufgabe darin, den Lord Treasurer und die Barone des Hofes an Angelegenheiten zu erinnern, die zum Wohle der Krone relevant waren. Seine Hauptaufgabe war die Führung von Aufzeichnungen über gezahlte und unbezahlte Steuern. Erster Amtsinhaber war Richard von Ilchester, ein hoher Beamter der Krone und späterer Bischof von Winchester. Das Amt wird heute vom Senior Master der King's Bench Division des High Court bekleidet.

Er und der Stadterinnerer sind unterschiedliche Amtsträger, die unterschiedlichen Auftraggebern dienen. Der Stadterinnerer dient der Stadtverwaltung und betreibt innerhalb ihrer Mauern Lobbyarbeit beim Parlament. Der königliche Erinnerungsbeamte dient der Krone und verwaltet alte finanzielle und juristische Verpflichtungen. Sie sind nicht ein und dieselbe Person, teilen sich kein Amt und sind in keiner Weise formal koordiniert. Und doch definieren sie gemeinsam eine Verfassungsordnung, die für die demokratische Öffentlichkeit keinerlei Raum lässt.



Facebook-Bild der City of London Corporation von Paul Read. [City of London Corporation: Stadtansicht](#)

Betrachten wir die Aufgaben des King's Remembrancer in Bezug auf die City of London. Jedes Jahr leitet er die Quit Rents-Zeremonie an den Royal Courts of Justice und stellt damit das alte Exchequer Court wieder her. Bei dieser Zeremonie entrichtet die City of London Corporation Pacht an die Krone für zwei Grundstücke – in Naturalien statt in Münzen. Für ein Grundstück nahe Bridgnorth in Shropshire, das seit mindestens 1211 verpachtet ist, überreicht die City zwei Messer, ein stumpfes und ein scharfes. Das stumpfe Messer wird geprüft, indem ein Haselnussstab darüber gebogen wird. Das scharfe Messer spaltet denselben Stab mühelos.



City of London. Jedes Jahr leitet er die Quit Rents-Zeremonie.

Der königliche Gedenkner prüft jedes einzelne Stück und spricht: „Guter Dienst.“ Für eine Schmiede in der Nähe des heutigen königlichen Gerichtsgebäudes, die seit 1235 gepachtet ist, überreicht die Stadt sechs Hufeisen und einundsechzig Nägel. Der königliche Gedenkner zählt sie und spricht: „Gute Anzahl.“ Die Hufeisen, selbst Jahrhunderte alt, werden daraufhin an die Stadtverwaltung zurückgegeben, um im folgenden Jahr erneut überreicht zu werden.



König Johann unterzeichnete 1215 in Runnymede die Magna Carta.

Diese Zeremonie wird seit dem 13. Jahrhundert ununterbrochen abgehalten. Sie ist älter als die Magna Carta und das Parlament. Es handelt sich um die jährliche Wiederholung eines Feudalvertrags, in dem die City of London die Souveränität der Krone anerkennt, gleichzeitig aber ihre eigene Autonomie bewahrt. Beide Parteien bekräftigen diese Vereinbarung rituell und nicht durch demokratische Beratung.

Der King's Remembrancer wurde nicht vom Volk gewählt. Auch der ihm gegenüberstehende Lord Mayor wurde nicht vom Volk gewählt. Die Zeremonie findet im Royal Courts of Justice statt, nicht im Parlament. Das Parlament ist an diesem Vorgang nicht beteiligt.



Prüfung der Pyx-Zeremonie

Doch die Rolle des King's Remembrancer beschränkt sich nicht auf Hufeisen und Messer. Am Lord Mayor's Day, einem jährlichen Fest im November, stellt der King's Remembrancer den neu gewählten Lord Mayor der City of London dem Lord Chief Justice, dem Master of the Rolls und den anderen hochrangigen Richtern des High Court an den Royal Courts of Justice vor.

Der Lord Mayor leistet einen Treueeid auf die Krone. Die Justiz ist Zeuge dieses Eides. Das Parlament ist nicht Zeuge. Die demokratische Legitimität des Lord Mayors leitet sich nicht von einem Wahlprozess ab, sondern von dieser Zeremonie, hinauf zur Krone und weiter zur Justiz. Der King's Remembrancer ist der Dreh- und Angelpunkt dieser Legitimation.

In der Goldsmiths' Hall, einem Saal einer der ältesten Zünfte der Stadt, überwacht der King's Remembrancer auch die Pyx-Prüfung aus dem Jahr 1249. Dabei zählt, wiegt und prüft eine Jury aus 26 Goldschmieden der Worshipful Company of Goldsmiths eine Stichprobe frisch geprägter Münzen aus der Royal Mint. Das Geld der Krone wird von den altherwürdigen Zünften der Stadt unter der Aufsicht des ältesten Richters der Krone getestet. Der Kreis schließt sich.

Der City Remembrancer betreibt Lobbyarbeit im Parlament von innen heraus. Der King's Remembrancer bestätigt den Lord Mayor gegenüber der Justiz und umgeht dabei das Parlament vollständig. Gemeinsam bilden sie ein verfassungsrechtliches Dreieck: Krone, Stadt, Parlament. Keine dieser Beziehungen ist der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig. Es bedarf keiner Verschwörung. Es ist ein so altes und so eng verflochtenes System, dass es allein auf institutionellem Gedächtnis beruht. Genau das sind beide Remembrancer im Kern: institutionelles Gedächtnis. Die Demokratie vergisst alle fünf Jahre. Remembrancer vergessen nichts.

Das Wort selbst ist der Schlüssel. Beide Ämter definieren sich durch den Akt des Erinnerns: die Bewahrung der Ansprüche, Verpflichtungen, Vereinbarungen und Privilegien über Jahrhunderte hinweg, die demokratische Mehrheiten andernfalls antasten könnten. Das eine

erinnert für die Krone, das andere für die Corporation. Keines erinnert für die Arbeiterklasse. Keines war dazu bestimmt.

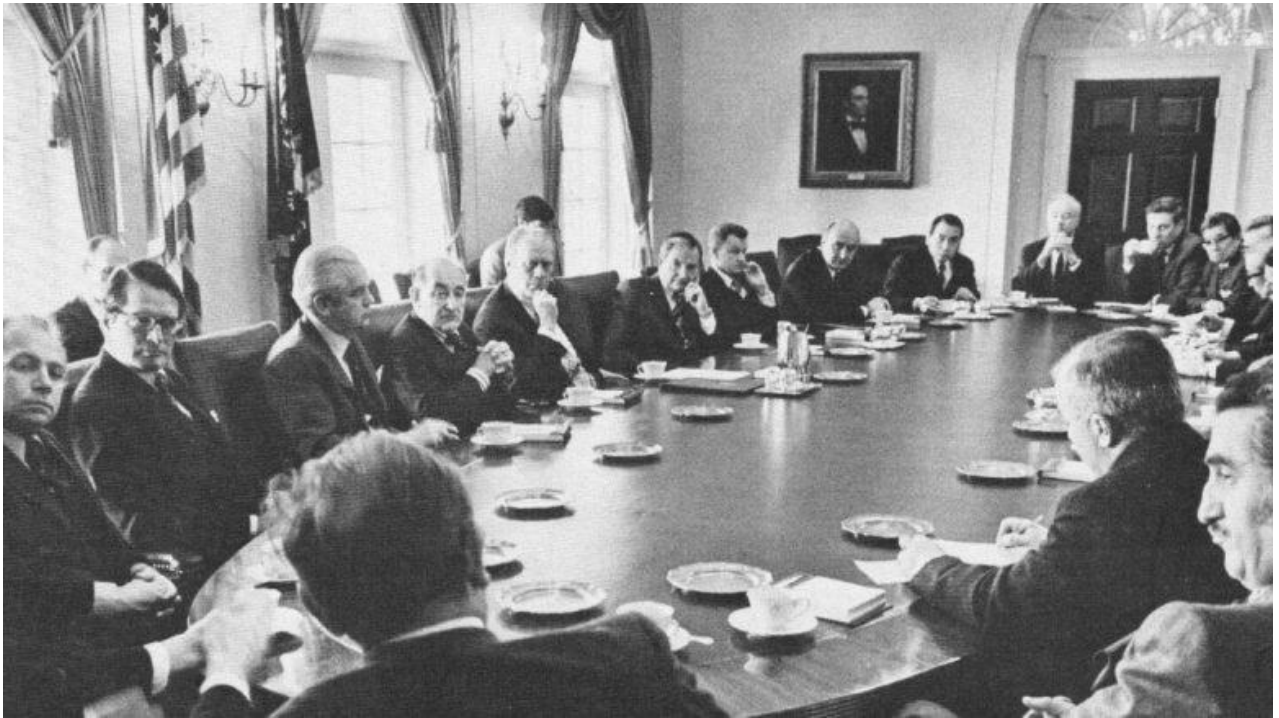
IV. Die Globalisten im Wahllokal: Stadträte und transnationale Netzwerke



Bei einer Zeremonie im Aldermen's Court Room im Guildhall wurden 21 neue Freeman in die Worshipful Company of International Bankers, [WCIB](#), aufgenommen und ein neues Liveryman und eine neue Liverywoman eingekleidet.

Der Court of Aldermen präsentiert sich der Öffentlichkeit als Oberhaus einer traditionsreichen Kommunalverwaltung. In der Praxis ist er jedoch weitaus interessanter. Die 25 Aldermen der City of London stammen fast ausschließlich aus der Führungsriege der globalen Finanzbranche. Sie sind Vorsitzende, geschäftsführende Gesellschafter und Direktoren von Institutionen, deren Geschäfte sich über Kontinente erstrecken und deren politische Verbindungen über verschiedene Regierungen hinwegreichen.

Die dokumentierten Verbindungen zwischen der Führungsstruktur des Konzerns und den mächtigsten transnationalen Politiknetzwerken der Welt sind keine Spekulation, sondern öffentlich bekannt. Lord Levene of Portsoken war Stadtrat für den Bezirk Portsoken und gleichzeitig Mitglied des Exekutivausschusses der Trilateralen Kommission. Diese Kommission, im Juli 1973 von David Rockefeller und Zbigniew Brzezinski gegründet, koordiniert die Wirtschafts- und Politikpolitik zwischen Nordamerika, Westeuropa und dem asiatisch-pazifischen Raum – also zwischen den drei großen Polen des globalen Kapitals. Ihre Mitglieder werden nicht gewählt, sondern rekrutieren sich selbst aus den höchsten Kreisen der Finanzwelt, der multinationalen Wirtschaft und der Politik.



Trilaterale Kommission

Lord Levenes Doppelfunktion ist nicht einzigartig. Auch Dame Vivian Hunt, die regelmäßig als eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der Londoner City und Mitglied des Wirtschaftsbeirats des Londoner Bürgermeisters bezeichnet wird, war Mitglied der [Trilateralen Kommission](#). Lord Green of Hurstpierpoint fungierte gleichzeitig als Group Chairman der HSBC, einer der größten Banken mit Hauptsitz in der City of London, und als Mitglied der Kommission. General Lord Guthrie war Vorstandsmitglied von NM Rothschild and Sons in London und gleichzeitig Mitglied der Kommission.

Das sind keine Zufälle. Es ist das Arbeitsmuster einer Klasse, die seit Langem weiß, dass wahre Macht eher über informelle Netzwerke als über formale Verfassungen wirkt. Die Trilaterale Kommission erlässt keine Gesetze. Sie prägt das intellektuelle Klima, in dem Gesetze verabschiedet werden. Ihre Dokumente beeinflussen die Annahmen von Finanzministern. Ihre Mitglieder werden zu Beratern, Zentralbankgouverneuren und internationalen Handelsverhandlern, die die Regeln festlegen, innerhalb derer demokratische Regierungen agieren müssen. Wenn diese Mitglieder dann auch noch in den Leitungsgremien der am besten geschützten Kommunalverwaltung der Welt sitzen, ist der Einflusskreislauf nahezu geschlossen.

Die Frage ist nicht, ob diese Personen persönlich korrupt sind. Die Frage ist struktureller Natur. Macht konzentriert sich in nicht gewählten Gremien, wird durch Netzwerke ausgeübt, die der Öffentlichkeit verborgen bleiben, und wird durch Verfassungsbestimmungen geschützt, die älter sind als die Demokratie selbst: Das ist die Definition des Problems, nicht die Ausnahme davon.

V. DAS SPINNENNETZ: GROSSBRITANNIENS VERSTECKTES FINANZIMPERIUM

Die Macht der City of London Corporation im Inland ist schon bemerkenswert genug. Um ihre volle Tragweite zu verstehen, muss man jedoch den Geldströmen ins Ausland folgen,

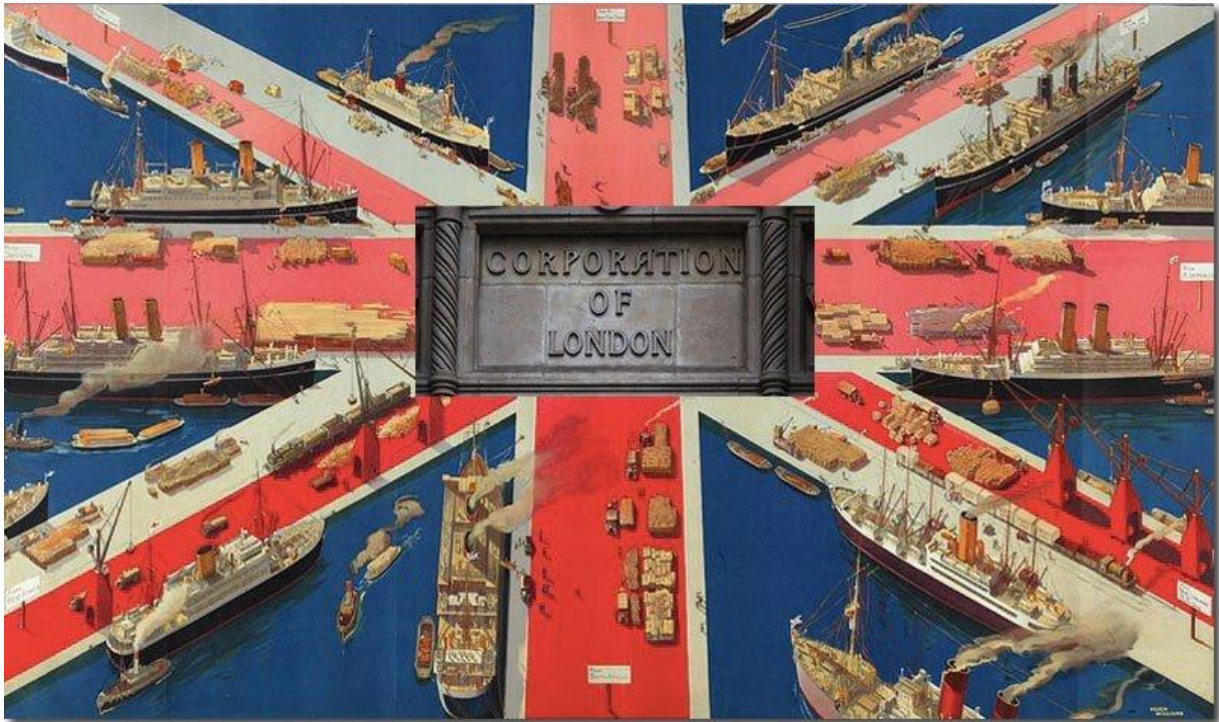
durch das, was der Dokumentarfilmer Michael Oswald treffend als das Zweite Britische Weltreich bezeichnete.

Die Geschichte beginnt im Trümmerfeld des Empires. Nach der Suez-Krise 1956, nach der Auflösung der Pfund-Zone und nach der schleichenden Demütigung der Dekolonisierung standen die britischen Finanzeliten vor einer existenziellen Frage. Das Empire, das der City ihre globale Autorität verliehen hatte, war verschwunden. Der Dollar hatte das Pfund als Weltreservewährung abgelöst. Was blieb übrig?

Was blieb, waren Expertise, Netzwerke und ein Gespür für regulatorische Arbitrage, das jahrhundertlang imperiale Verwaltung zu einer beinahe genialen Perfektion verfeinert hatte. Ende der 1950er-Jahre, angesichts von Beschränkungen für Auslandskredite zum Schutz des Pfundkurses, fanden die Banken der City of London eine Lösung. Sie schufen einen Dollar-Markt, der physisch in London abgewickelt wurde, aber – mit stillschweigender Absprache mit der Bank of England – rechtlich in einem anderen Land existierte. Die Transaktionen fanden zwischen Nichtansässigen in einer Fremdwährung statt: Daher, so argumentierte die Bank, fielen sie nicht unter ihre Aufsicht. Dies war die Geburtsstunde des Eurodollar-Marktes, und wie der Ökonom John Christensen bemerkte, war es ein Akt regulatorischer Fiktion, der die Welt veränderte.

Bis 1980 hatte der Eurodollar-Markt ein Volumen von 500 Milliarden Dollar erreicht. 1988 waren es bereits 4,8 Billionen. 1997 wurden fast 90 Prozent aller internationalen Kredite über den Eurodollar abgewickelt. Das Britische Empire hatte zwar seine Gebiete verloren, doch seine Finanzinfrastruktur erlebte eine zweite, lukrativere Blütezeit.

Gleichzeitig trafen Wirtschaftsprüfer und Anwälte der renommiertesten Kanzleien der City auf den Cayman Islands, Jersey, Bermuda und den Britischen Jungferninseln ein – in jenem Restarchipel des ehemaligen britischen Empires, das formell noch immer unter britischer Herrschaft stand. Sie entwarfen Gesetze zur Verschwiegenheit. Sie etablierten Treuhandstrukturen, jenes typisch britische Instrument der Offshore-Intransparenz: ein Mechanismus, mit dem Vermögenswerte rechtlich von ihren Eigentümern getrennt, vor der Besteuerung verborgen, für Aufsichtsbehörden unsichtbar gemacht und wieder in die globalen Märkte eingespeist werden können, als wären sie aus dem Nichts entstanden. Es gibt kein öffentliches Register für diese Treuhandstrukturen. Es besteht keine Meldepflicht. Sie sind, um es mit den Worten der Ökonomen präzise zu formulieren, unsichtbare Vereinbarungen.



Handel im Empire

Die Bank von England vermerkte in einem geheimen Bericht vom 11. April 1969, dass sie sicherstellen müsse, dass diese Offshore-Entwicklungen nicht außer Kontrolle gerieten. Sie schritt nicht ein, sondern beobachtete ihr Wachstum. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der [Panama Papers](#) im Jahr 2016 waren neun der zehn größten Offshore-Anwaltskanzleien der Welt in britischen Überseegebieten registriert.

Die Londoner City wahrt gern eine demonstrative Distanz zu dieser Offshore-Infrastruktur. Geschäfte werden in London besprochen und **auf den Cayman Islands registriert**. Kommt ein Skandal ans Licht, kann die City auf die technische Autonomie der Inseln verweisen und die Schultern zucken. Das Spiel, wie der Steuerrechtsaktivist John Christensen es mit seiner typischen Direktheit beschrieb, besteht darin, sich in schmutzige Geschäfte zu verwickeln und dann, wenn der Skandal ans Licht kommt, sagen zu können: „Das sind nicht wir, das ist Steueroasen-Aktivität.“ Es ist eine unglaublich bequeme Beziehung.



Die Pandora-Papiere enthüllen die inneren Abläufe einer Schattenwirtschaft, die den Reichen und Einflussreichen auf Kosten aller anderen zugutekommt.

Auch im Inland ist dies von Vorteil. Der enorme Zufluss von Schwarzgeld nach London aus Drogenhandel, Steuerhinterziehung, kriminellen Machenschaften und allen Schattierungen illegaler Finanzgeschäfte hat den Wert des Pfunds gestützt. Dadurch gehören Londoner Immobilien zu den teuersten der Welt. Dies hat die Deindustrialisierung vorangetrieben, denn britische Banken haben – anders als ihre deutschen oder japanischen Pendanten – die Produktion nie als finanzierungswürdig angesehen, solange Finanzspekulationen höhere Renditen versprechen. Die Arbeitergemeinschaften, denen Labour Heartlands dienen sollte, haben den Preis für diesen Handel bezahlt und zahlen ihn weiterhin: geschlossene Fabriken, verödete Einkaufsstraßen und bis aufs Äußerste reduzierte öffentliche Dienstleistungen – von Regierungen, denen ruhig, aber bestimmt gesagt wird, dass die Märkte nichts Besseres zulassen.

VI. TONY BENNS FÜNF FRAGEN



TONY BENN

Tony Benn sagte einmal, er habe im Laufe seiner politischen Karriere fünf Fragen entwickelt, die er den Mächtigen stellte. Es seien, so seine Beobachtung, die grundlegendsten Fragen, die ein Bürger stellen könne, und die Antworten enthüllten alles. Stellen wir sie der City of London Corporation mit dem gebührenden Ernst.

1. „Welche Kräfte hast du?“

Die City of London Corporation vereint öffentliche Autorität und private Finanzmacht in einzigartiger Weise innerhalb der Verfassungsordnung des Vereinigten Königreichs. Sie agiert als lokale Behörde mit eigener, unabhängiger Polizei, der City of London Police, deren Zuständigkeit innerhalb der City of London uneingeschränkt gilt. Sie ist verantwortlich für Stadtplanung, Umweltschutz und die Instandhaltung einiger der bedeutendsten öffentlichen Plätze Londons. Über ihren privaten Fonds, City's Cash, finanziert sie internationale Lobbyarbeit, diplomatische Gastfreundschaft und ein Netzwerk politischer Beziehungen, das bis in die Sitzungssäle der Trilateralen Kommission und die Korridore des Internationalen Währungsfonds reicht.

Am wichtigsten ist jedoch, dass sie die einzigartige Befugnis besitzt, ihre eigene Verfassung durch ein Gesetz des Common Council zu ändern – eine Befugnis, die keinem anderen Gremium in Großbritannien zusteht. Selbst das Parlament benötigt ein Primärgesetz, um die Verfassungsstruktur einer Institution zu ändern. Die City of London Corporation kann ihre eigene Verfassung durch eine Abstimmung ihrer gewählten Mitglieder ändern. Seit 1690 ist sie zudem verfassungsrechtlich vor Auflösung geschützt. Die Krone kann sie nicht abschaffen. Die Exekutive kann sie nicht umstrukturieren. Selbst das Parlament bräuchte ein außerordentliches politisches Primärgesetz, um sie anzutasten.

2. „Woher hast du das?“

Drei Quellen, jede bemerkenswerter als die andere. Erstens die Gewohnheitsrechtsprechung: die Rechtsdoktrin, dass die Autorität der Corporation seit jeher besteht, bestätigt in der Charta von 1067 und geschützt durch die Magna Carta. Zweitens ein spezifisches Parlamentsgesetz, die Aufhebung des Quo Warranto von 1690, das die Charta der Corporation ausdrücklich der Macht jeglicher nachfolgender Maßnahmen der Krone entzog. Drittens die stetige Anhäufung von Besitz, Investitionen, Geschäftsbeziehungen und politischem Einfluss über acht Jahrhunderte ununterbrochenen Bestehens, die keinem demokratischen Herausforderer je entrissen werden konnte.

Die präziseste Kurzfassung lautet jedoch: Die Macht der Monarchie beruht auf einem Abkommen zwischen Wilhelm dem Eroberer und den Kaufleuten Londons, als es in England noch keine Demokratie gab, und sie war nie gezwungen, dieses Abkommen unter demokratischen Bedingungen neu zu verhandeln.

3. „In wessen Interesse üben Sie diese Befugnis aus?“

Die Antwort liefert die Governance-Struktur des Konzerns selbst – mit der Unverblümtheit eines juristischen Dokuments. Seine Wählerschaft wird von Konzernvertretern dominiert. Seine Politik ist primär auf die Unterstützung der globalen Finanzdienstleistungsbranche ausgerichtet. Der „City Cash Fund“ finanziert Lobbyarbeit in Brüssel, Washington und Westminster im Namen der Wirtschaftsinteressen der City of London. Der „Remembrancer“ überwacht die Gesetzgebung des Parlaments, um sicherzustellen, dass keine dem Finanzkapital schädliche Maßnahme ohne die formelle Prüfung und Vertretung des Konzerns verabschiedet wird.

Die kleine Bevölkerung der City of London, etwa neun- bis zehntausend Einwohner, hat ein Wahlrecht. Die globalen Banken, die die Türme der City bewohnen, verfügen über ein weitaus größeres, das durch ein System der Firmenbesetzung verwaltet wird, das einem Zunftmeister des 14. Jahrhunderts sofort vertraut wäre, aber für jede moderne Vorstellung von Demokratie völlig unverständlich ist.

4. „Wem gegenüber sind Sie rechenschaftspflichtig?“

Dem Stadtrat, der der Wählerschaft des Wahlbezirks Rechenschaft schuldig ist, welche wiederum von Unternehmensvertretern dominiert wird. Dem Rat der Aldermen, die von derselben Wählerschaft auf Lebenszeit gewählt werden. Der Common Hall, der Versammlung der Livery Men, die den Lord Mayor aus den von den Aldermen bestätigten Kandidaten wählt. Für ihr Privatvermögen, die City of Cash, unterliegt sie weder einem externen Wirtschaftsprüfer noch einem parlamentarischen Ausschuss. Für ihren Einfluss im Ausland unterliegt sie überhaupt keiner Institution, da die Offshore-Jurisdiktionen faktisch autonom, unabhängig und somit faktisch außerhalb der Reichweite formaler Rechenschaftspflicht sind.

Der Kreislauf ist geschlossen. Letztendlich ist das Unternehmen nur sich selbst gegenüber verantwortlich.

5. „Wie können wir dich loswerden?“

Hier zeigt sich die verfassungsrechtliche Genialität dieser Regelung am deutlichsten. Das Parlamentsgesetz von 1690 legte fest, und zwar in einer bis heute gültigen Fassung, dass die

Charta der City of London Corporation niemals wieder an die Krone fallen darf, aus welchem Grund auch immer und für welches Vergehen auch immer. Anders als jede andere lokale Behörde in England kann die Corporation nicht per Erlass oder ministerieller Anweisung aufgelöst werden. Sie kann nicht durch Verwaltungsentscheidung umstrukturiert werden. Selbst durch die Anwendung der Kommunalgesetze kann sie nicht abgeschafft werden.

Um dies zu beseitigen, müsste das Parlament ein Primärgesetz mit spezifischer Absicht verabschieden, das den neun Jahrhunderte lang gewachsenen verfassungsrechtlichen Schutz gegen die aktive Lobbyarbeit einer Institution außer Kraft setzt, die über jahrhundertlange Erfahrung in der Kunst der institutionellen Selbsterhaltung verfügt, über finanzielle Ressourcen verfügt, die die Lobbybudgets jedes gegenläufigen demokratischen Interesses in den Schatten stellen, und die die tiefe persönliche und berufliche Sympathie der regierenden Klasse in beiden großen Parteien genießt.

Praktisch gesehen lautet die Antwort auf Tony Benns fünfte Frage: Nein. Nicht ohne einen politischen Willen, den keine innerhalb des bestehenden Finanzsystems gewählte Regierung auch nur ansatzweise aufbringen konnte.

VII. Die permanente Ausnahme der Demokratie



Gier

Die gängige Verteidigung der City of London Corporation lautet in etwa so: Sie bringt Investitionen nach Großbritannien, generiert Steuereinnahmen, schafft Arbeitsplätze und fördert Kunst und Kultur sowie die städtische Infrastruktur der Hauptstadt. Ihre verfassungsrechtlichen Besonderheiten seien harmlose Archaismen, das charmante Relikt einer altehrwürdigen Institution, die ihre Aufgaben effizient erfülle und nicht dem demokratischen Idealismus geopfert werden dürfe.

Da ist etwas Wahres dran. Die City generiert tatsächlich Wirtschaftstätigkeit. Die Lord Mayor's Show ist, wie allgemein anerkannt, hervorragendes Theater. Und es stimmt vollkommen, dass der Remembrancer kein Stimmrecht im Parlament hat, dass die

Mitgliedschaft einzelner Aldermen in der Trilateralen Kommission keine formelle Verschwörung darstellt und dass die Offshore-Geheimhaltungsjurisdiktionen technisch gesehen ihre eigenen Gerichte, ihre eigenen Gouverneure und ihre eigenen Gesetze haben.

Doch genau diese Art von Verteidigung, vor der Orwell in seinem Essay über die englische Sprache warnte, muss erkannt und zurückgewiesen werden: die Verteidigung, die durch das Anhäufen korrekter Details funktioniert und gleichzeitig die verlogene Schlussfolgerung verschleiert, auf die diese Details abzielen. Es geht nicht darum, ob einzelne Aspekte der Funktionsweise der Korporation isoliert betrachtet vertretbar sind. Es geht vielmehr darum, was die gesamte Struktur für die demokratische Selbstverwaltung bedeutet.



Clement Attlee

Clement Attlees Warnung, die zu Beginn dieses Artikels zitiert wurde, stammt aus den 1930er-Jahren, als die Macht der City of London noch weit weniger global vernetzt war als heute. Er hatte damals Recht. Die Jahrzehnte seither haben ihm mehr Recht gegeben, als er sich hätte vorstellen können. Der Eurodollar-Markt, die Offshore-Finanzzentren, die Treuhandstrukturen, die 50 Billionen Dollar globalen Vermögens vor jeglicher öffentlichen Rechenschaftspflicht schützen, der „Remembrancer“ auf der Besuchertribüne des Parlaments, der „Alderman“ im Exekutivkomitee der Trilateralen Kommission: Das sind keine voneinander getrennten Kuriositäten. Sie sind Bestandteile eines einzigen, zusammenhängenden Systems.

Dieses System hat einen Namen. Nicholas Shaxson nannte es in seinem unverzichtbaren [Buch „Die Schatzinseln“](#) das Spinnennetz. Dessen Zentrum liegt in der City of London. Seine Fäden reichen bis nach Jersey, zu den Kaimaninseln, nach Bermuda, zu den Britischen

Jungferninseln, nach Singapur, Hongkong und Dubai. Seine Seide besteht aus Treuhandrecht, regulatorischer Arbitrage und jenem ganz besonderen Verständnis des britischen Establishments, das keiner schriftlichen Erklärung bedarf, denn jeder, der etwas zu sagen hat, weiß bereits, wie es funktioniert.

Das Internet wurde für die Finanzelite geschaffen, die den Zusammenbruch der alten Imperien überlebt hatte, indem sie sich von Verwalten von Territorium zu Verwalten von Kapital wandelte. Es entstand, während der britischen Arbeiterklasse jahrzehntelang eingeredet wurde, es gäbe kein Geld für angemessene Löhne, kein Geld für menschenwürdigen Wohnraum, kein Geld für Industrieinvestitionen, kein Geld für öffentliche Dienstleistungen. Das Geld war da. Es befand sich nur woanders, in der juristischen Fiktion eines Offshore-Büros, verwaltet von der City of London aus und geschützt von einem Konzern, der älter ist als das Parlament selbst.

Wenn eine vom Volk gewählte Regierung weder die durch die City of London fließenden Vermögen besteuern noch die Offshore-Strukturen, über die dieses Vermögen transferiert wird, regulieren noch die Institutionen reformieren kann, die dies verhindern sollen: dann haben Sie keine Demokratie. Sie haben nur den Anschein einer.

VIII. WAS IST ZU TUN?

Die Arbeiterklasse hat keinen Fürsprecher. Sie hat keine ständige, akkreditierte Vertretung im Unterhaus, die damit beauftragt ist, jedes Gesetz auf seine Auswirkungen auf Löhne, Wohnraum, Gesundheit und Zukunft zu überwachen. Sie verfügt über keinen privaten Fonds, der sich über acht Jahrhunderte durch Mieteinnahmen und Investitionen angesammelt hat, um Lobbyarbeit, Gastfreundschaft und diplomatische Beziehungen zu finanzieren. Sie besitzt keine durch die Magna Carta bestätigte Charta, kein Parlamentsgesetz, das ihre verfassungsmäßigen Rechte vor der Macht zukünftiger Regierungen schützt. Was sie hat, ist das Wahlrecht und die immer wiederkehrende, schmerzliche Erkenntnis, dass das Wahlrecht allein nicht ausreicht, um Macht zu stürzen, die nicht im Parlament verankert ist.

Das ist kein Grund zur Verzweiflung. Es ist ein Plädoyer für Klarheit. Und Klarheit beginnt damit, die Sache zu benennen.

Die City of London Corporation ist keine charmante Exzentrik. Sie ist das institutionelle Herzstück eines Systems, das sicherstellt, dass das Kapital seine Privilegien behält, unabhängig davon, wie demokratische Mehrheiten abstimmen. Ihre Reform ist eine demokratische Notwendigkeit, keine ideologische Frage. Wie diese Reform aussehen soll, ist Gegenstand legitimer demokratischer Debatten. Abschaffung, radikale Umstrukturierung, Ausweitung der vollen kommunalen Rechenschaftspflicht auf die City of London, Einbeziehung der City-Financen in die öffentliche Rechnungsprüfung, Abschaffung des Stimmrechts der Unternehmen, Abschaffung des parlamentarischen Zugangs der Remembrancer: All dies sind mögliche Optionen, und keine davon erfordert revolutionäre Umwälzungen. Sie erfordern lediglich eine Regierung mit dem Mut zu handeln.



Spinnennetz

Das Problem besteht darin, dass Regierungen aus derselben politischen Klasse gebildet werden, die am Bankett des Oberbürgermeisters teilnimmt, die Gastfreundschaft der Zünfte der Stadtverwaltung genießt und die Netzwerke nutzt, die sich von der City of London über den Globus erstrecken. Keir Starmer besuchte das Bankett des Oberbürgermeisters nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt. Seine Kanzlerin, Rachel Reeves, hat ihren Wunsch nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Stadt geäußert. Der Chronist der Stadtverwaltung wird beide Anlässe mit beruflicher Genugtuung zur Kenntnis genommen haben.

Tony Benn pflegte zu sagen, der radikalste Akt in der Politik sei das Stellen einer einfachen Frage. Er verbrachte sein politisches Leben damit, Fragen zu stellen. Wir sollten seiner Methode folgen, auch wenn wir seinen Schlussfolgerungen noch nicht zustimmen können, indem wir die einfachste Frage stellen, die die Existenz des Konzerns aufwirft.

Ein Konzern, der älter ist als die Demokratie, der nicht abgeschafft werden kann, der von den Stimmen multinationaler Banken regiert wird, der seinen eigenen Lobbyisten im Parlament platziert und der ein Offshore-Finanzimperium verwaltet, das Entwicklungsländer ausblutet und Arbeitergemeinschaften aushöhlt: Mit welcher Berechtigung kann er weiterhin seine Macht ausüben?

Wilhelm der Eroberer erteilte diese Genehmigung im Jahr 1067. Das britische Volk wurde nie um eine Bestätigung gebeten. Das sollte es aber...

Die City of London genießt seit neunhundert Jahren Privilegien ohne jegliche Rechenschaftspflicht. Die Frage ist nicht, ob diese Situation altmodisch ist. Die Frage ist, ob sie gerecht ist – und wem dient sie?

Wie Tony Benn schon vor fast 35 Jahren sagte, ist jeder Obdachlose in London ein Opfer der Marktkräfte. Diese Untersuchung zeigt genau, wie diese Marktkräfte organisiert sind, wer sie ausübt und wie sie sich hinter einem 900 Jahre alten Rechtsschutzschild verschanzt haben. Das Spinnennetz kann durchbrochen werden, aber zuerst muss es sichtbar gemacht werden.



[Paul Knaggs](#)

Herausgeber und Gründer von The Heartlands Tribune. Freier Journalist und politischer Kommentator mit Schwerpunkt auf britischer Politik, Demokratie, Bürgerrechten, Arbeitergemeinschaften und öffentlichem Eigentum.